



Wachstumsdelle, Reformbedarf, politische Begrenzungen Ökonomische Lage, Kursverschiebungen und neue Impulse von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche

Ute Pappelbaum

Die deutsche Volkswirtschaft stagniert nahezu – für 2025 erwarten Experten lediglich ein Mini#Wachstum. Unternehmen kämpfen mit schwacher Investitionsdynamik, hoher Kostenbelastung und strukturellen Engpässen am Arbeitsmarkt; zugleich verliert das exportgetriebene Geschäftsmodell an Tragfähigkeit. Vor diesem Hintergrund äußerte sich Wirtschaftsministerin Katherina Reiche in einem Interview mit t#online, geführt kurz vor Weihnachten im Deutschen Bundestag, ungewöhnlich deutlich zur wirtschaftlichen Lage und zum Reformbedarf. Die Ministerin interpretiert die Stagnation nicht als konjunkturelle Schwäche, sondern als Ausdruck tiefgreifender Strukturprobleme – von Demografie und Arbeitsmarkt über Energiepreise bis hin zu geopolitischen Verwerfungen.

Reformkurs: mehr Arbeit, differenzierter Kündigungsschutz

Im aktuellen Gespräch mit t#online legt Reiche drei Hebel offen: mehr Erwerbsarbeit, eine längere Lebensarbeitszeit sowie ein differenzierter Kündigungsschutz, der zwischen Hoch- und Geringverdienern unterscheidet. Sie verweist auf die im internationalen Vergleich niedrige Jahresarbeitszeit: Deutschland liegt rund 25 Prozent unter dem Niveau der USA. Um dem demografischen Wandel zu begegnen und die Rentensysteme zu stabilisieren, seien

daher strukturelle Maßnahmen nötig – etwa steuerliche Anreize für Vollzeitarbeit oder eine moderate Anhebung des Renteneintrittsalters.

Beim Kündigungsschutz verweist sie auf das dänische Modell: Hoher Schutz für Einkommensschwache, größere Flexibilität für Spitzenverdiener. Es sei nicht gerecht, gleiche Hürden für alle zu setzen – gerade dann, wenn einige Gruppen deutlich bessere Rückkehroptionen am Arbeitsmarkt haben. Diese Sichtweise, so Reiche, sei „kein Sozialabbau, sondern ein Maß an Differenzierung, das Fairness schafft.“

Koalition: Vertragslogik versus Wachstumsdynamik

Reiche formuliert dabei auch indirekt Kritik an der politischen Statik: Der Koalitionsvertrag sei für sie „die Basis“, für die SPD jedoch „die Decke“. Reformbereitschaft bleibe so begrenzt. Doch genau diese wäre erforderlich, um Deutschland – so Reiche – wieder „auf die Überholspur“ zu bringen. Ihre Haltung ist ordnungspolitisch motiviert, aber nicht ideologisch. Sie plädiert für einen neuen „Reformwillen“, ohne dabei auf Konfrontation zu setzen.

Diese Strategie ist riskant: Reiche muss wachstumsorientierte Reformideen in einer Koalition durchsetzen, die strukturell eher auf Sicherung, nicht auf Öffnung setzt. Während sie aus Unionskreisen Rückendeckung erhält, trifft sie auf Widerstände innerhalb der SPD, aber auch in Teilen der Gewerkschaften, die etwa eine Aufweichung des Kündigungsschutzes strikt ablehnen.

Heizungsgesetz: Politische Verlangsamung trotz Reformbedarf

Die Reformdynamik zeigt Brüche, besonders am Beispiel des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), besser bekannt als „Heizungsgesetz“. Es wurde 2024 eingeführt und verpflichtet zu einem schrittweisen Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme. Doch trotz der Ankündigung einer Überarbeitung durch die neue Koalition aus CDU/CSU und SPD bleibt ein inhaltlicher Kompromiss aus. Die SPD hält an der 65-Prozent-Regel für erneuerbare Energien fest, während Reiche und Teile der Union eine Entschärfung anstreben.

Die Folge ist ein gesetzgeberisches Vakuum. Bauherren, Energieversorger und Handwerksbetriebe klagen über Planungsunsicherheit, während politische Energie für wachstumspolitische Großthemen gebunden wird – ohne Ergebnis. Der überfällige Kabinettsbeschluss zur GEG-Novelle wurde erneut vertagt.

Industrieperspektive: Zustimmung bei wachsender Ungeduld

Industriell wird Reiche überwiegend positiv gesehen – nicht als Revolutionärin, sondern als Realistin. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) lobt ihre klare Sprache, warnt jedoch zugleich vor einem Auseinanderdriften von Ankündigung und Umsetzung. Besonders in den Bereichen Energiepreise, Netzausbau und Steuerpolitik sehen viele

Branchenvertreter akuten Handlungsbedarf. Die Erwartung: Strukturreformen, aber eingebettet in ein langfristiges industriepolitisches Leitbild.

Wie viel Veränderung verträgt das System?

Reiches wirtschaftspolitischer Kurs lässt sich als Versuch verstehen, marktwirtschaftliche Prinzipien mit politischer Umsetzbarkeit zu verbinden. Sie will nicht zurück zur Agenda 2010, aber auch nicht stehenbleiben beim Status quo der vergangenen Dekade. Ihre Strategie: mehr Beschäftigung, differenzierte Regulierung, langfristige Belastbarkeit der Sozialsysteme.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947558/Oekonomische-Lage-Kursverschiebungen-und-neue-Impulse-von-Wirtschaftsministerin-Katherina-Reiche/>